

Evangelisch

in Lippe

Eine Publikation der Lippischen Landeskirche in Zusammenarbeit mit der Lippischen Landes-Zeitung

April 2013

Editorial



Liebe Leserin, lieber Leser,

wenn Sie gerne draußen unterwegs sind, ist Ihnen das vielleicht auch aufgefallen: verstärkter Holzeinschlag in den Wäldern und auf den Äckern immer mehr Mais – beides dient der Energiegewinnung. Holz als nachwachsender Rohstoff gilt als CO₂-neutral, Mais wird für den Betrieb von Biogasanlagen eingesetzt. Dies kann Folgen für den Flächenverbrauch und den Artenschutz haben, wenn das richtige Augenmaß verloren geht.

Der unter anderem von Naturschutzverbänden und Kirchen immer wieder angeforderte Erhalt der biologischen Vielfalt, der Schutz von Pflanzen und Tieren, darf bei der Umsetzung der Energiewende nicht in den Hintergrund rücken. Wie erfolgreicher Artenschutz aussehen kann, lesen Sie auf Seite 4 dieser Ausgabe.

Und die nächsten Themen sind schon da: so wie die mögliche Privatisierung der Trinkwasserversorgung oder das Fracking, eine umstrittene Form der Erdgasgewinnung aus tiefen Gesteinsschichten, die auch bei uns in Lippe bald Realität werden kann.

Manchmal hat man das Gefühl, diesen Dingen einfach nur ohnmächtig gegenüberzustehen. Doch wir alle haben die Möglichkeit, uns zu informieren und zu engagieren – für oder gegen eine bestimmte Entwicklung, die wir für richtig oder falsch halten. Das hat uns nicht zuletzt die Anti-Atomkraft Bewegung gezeigt.

Ihre Birgit Brokmeier
Öffentlichkeitsreferentin
Lippische Landeskirche

Inhalt

Gas durch Fracking Seite I
Kirche mischt sich ein Seite II
Wort auf den Weg Seite III
Arten erhalten Seite IV

Erdgas durch „Fracking“

Evangelische Kirche warnt vor Umweltschäden



Fracking-Anlage in den USA: Kritiker in Deutschland befürchten unter anderem eine Gefährdung des Trinkwassers und eine enorme Landschaftszerstörung.

FOTO: GELSENWASSER

Kreis Lippe. Kaum ein Umweltthema wird derzeit so diskutiert wie „Fracking“. Die einen meinen, es sei für die Energieversorgung notwendig, auch in Deutschland unkonventionelle Erdgasvorkommen zu erschließen. Gegner befürchten gravierende Umweltschäden. Birgit Brokmeier sprach mit Heinrich Mühlenmeier, Umweltbeauftragter der Lippischen Landeskirche, und Gudrun Kordecki vom Vorstand der Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten in der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD).

Frau Kordecki, was passiert beim Fracking?

Gudrun Kordecki: Beim Fracking werden Erdgasvorkommen, die in Form kleiner Gasbläschen in Gestein oder Kohleflözen eingeschlossen sind, erschlossen. Hierzu wird Wasser, das mit Chemikalien und Sand versetzt ist, unter hohem Druck in das Gestein gepresst, wodurch dieses aufgesprengt wird. Der Sand setzt sich in die feinen Risse und ver-

hindert, dass diese sich wieder schließen. Nach Abpumpen des chemikalienhaltigen Wassers, der „Fracking-Fluide“ und des im Gestein vorhandenen Lagerstättenwassers, kann das Gas austreten und gefördert werden. Da nur aufgesprengtes Gestein sein Gas freigibt, müssen sehr viele Bohrungen und Fracks durchgeführt werden. Dies ist der wesentliche Unterschied zur konventionellen Gasförderung.

Wie steht die evangelische Kirche zum Fracking?

Kordecki: Die kirchlichen Umweltbeauftragten befürchten Gefährdungen zum Beispiel für die Trinkwasserversorgung. Sie fordern eine bundesweite Aussetzung, um offene Fragen durch Forschung zu beantworten. Die angekündigte Gesetzesänderung der Bundesregierung zur Regelung von Fracking – hier geht es um ein Verbot der Gasförderung per Fracking in Wasser- und Heilquellenschutzgebieten – reicht ihrer Ansicht nach nicht aus. Vier Landeskirchen, die von Fracking-Vorhaben be-

troffen sind, haben sich bereits gegen diese Form der Gaserschließung ausgesprochen.

Brauchen wir Fracking zur Sicherstellung der Energieversorgung überhaupt?

Kordecki: Wenn durch die Energiewende eine Umstellung auf erneuerbare Energien gelingt, ist die unkonventionelle Erdgasförderung nicht erforderlich. Es gibt auch die Befürchtung, dass der Umstieg auf die Erneuerbaren unnötig verzögert wird. Die Menge des durch Fracking förderbaren Erdgases wird als eher gering eingeschätzt.

Herr Mühlenmeier, gibt es geplante Fracking-Standorte in Lippe?

Heinrich Mühlenmeier: In Lippe liegen Bad Salzungen und Kalletal im Aufsuchungsgebiet Herford, Schlangen und Horn Bad Meinberg im Aufsuchungsgebiet Falke. Alle anderen Gebiete Lippes liegen im Aufsuchungsgebiet Nordrhein-Westfalen-Nord.

Das heißt, die Genehmigung durch die zuständige Be-

zirksregierung in Arnshagen zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen zu gewerblichen Zwecken ist bereits für ganz Lippe erteilt. Weitergehende Anträge auf Zulassung zu Bohrungen in Lippe liegen momentan nicht vor, dies kann sich aber jederzeit ändern.

Welche Probleme könnten sich für Lippe ergeben?

Mühlenmeier: Es besteht eine Gefährdung durch die eingesetzten Chemikalien. Dies ist insbesondere für die Wasser- und Heilquellenschutzgebiete ein nicht zu kalkulierendes Risiko. Im abgepumpten Abwasser sind zusätzlich noch Stoffe enthalten, die aus dem gefrackten Gestein stammen. Es können Schwermetalle und radioaktive Substanzen vorkommen. Problematisch ist auch der Flächenverbrauch und die Versiegelung, die deutlich höher als bei konventioneller Erdgasförderung sind.

Weitere Informationen und Berichte unter www.lippische-landeskirche.de/umwelt.

Kirche mischt sich ein

Umweltbeauftragte kritisieren EU-Pläne zur Wasserversorgung

Von UK-Redakteur
Uwe Herrmann

Kreis Lippe. Mindestlohn, Leiharbeit, Bildung, Klimaschutz... – stets äußern sich die christlichen Kirchen zu aktuellen sozialen und politischen Fragen. Theologisch gesprochen nehmen sie damit die ihnen nach ihrem Selbstverständnis von Gott zugemessene Verantwortung für die Schöpfung wahr. Ihnen ist aufgetragen, für einen sorgsamsten Umgang mit der dem Menschen anvertrauten Erde und ihren Ressourcen einzutreten. „Einsatz für nachhaltige Entwicklung“, „Anwaltschaft für Schwache und Benachteiligte“ sind dafür Stichworte.

Zur Rolle der Kirchen gehört, wie es der Landessuperintendent der Lippischen Landeskirche, Dr. Martin Dutzmann, formuliert, dass sie „unangenehmes Wissen über den Zustand und die Zukunft unserer Welt, unserer Gesellschaft und unserer Kirche“ nicht verdrängen.

Gemäß dieser Grundhaltung und mit Blick auf die sozialen und ökologischen Folgen beziehen die Kirchen in der Debatte um die Privatisierung der Wasserversorgung Position. Anlass sind die jetzt aufgenommenen Beratungen



Meinung: Kirchen beziehen in der Debatte um die Trinkwasserversorgung Position. FOTO: MÜHLENMEIER

des Europäischen Parlaments in Brüssel über den Entwurf einer „EU-Dienstleistungskonzessions-Richtlinie“, die auf eine Liberalisierung des europäischen Binnenmarkts für mehr Wettbewerb abzielt. Denn er enthält auch eine Verpflichtung zur europaweiten Ausschreibung künftiger Wasseraufträge.

Bleibe es dabei, wäre das bewährte System der Wasserversorgung in Deutschland bedroht. Denn die liegt mit rund 70 Prozent mehrheit-

lich in kommunaler, also öffentlicher Hand. Will heißen: Im Auftrag von Städten und Gemeinden und unter ihrer Kontrolle halten eigene lokale Unternehmen das Kanalnetz in Stand, wachen über die Trinkwasserqualität. In der Regel haben Stadtwerke und Wasserzweckverbände dafür die Nutzungsrechte, also die Konzession. Weitgehend in öffentlicher Hand liegt so auch die Preispolitik.

Kritiker des Entwurfs wie die Arbeitsgemeinschaft der

Umweltbeauftragten (AGU) der Evangelischen Kirche in Deutschland befürchten, dass stattdessen dem Zugriff privatwirtschaftlicher Unternehmen auf das hohe Gut Wasser und die Wasserversorgung Tür und Tor geöffnet werden soll – auf Kosten des Gemeinwohls. Der Umweltbeauftragte der Lippischen Landeskirche Heinrich Mühlenmeier und Manfred Scholle von der Evangelischen Kirche von Westfalen sehen das „Grundrecht auf Wasser“ be-

rührt und sind sich darin einig, dass die Versorgung mit dieser Lebensgrundlage als „Teil öffentlicher Daseinsvorsorge“ nicht in Privathand gehört. Sie finden sich bestätigt durch Erfahrungen mit privaten Versorgern etwa in Frankreich und Großbritannien, wo die Wasserpreise stark anstiegen und Kanalnetze marode wurden, weil Investitionen in die Instandhaltung ausblieben – mit negativen Folgen für das Grundwasser und die Trinkwasserqualität. Erfahrungen, die auch Kommunen hier gemacht haben, die der Versuchung erlegen sind, die Konzession für die Wasserversorgung an private Investoren zu verkaufen, um ihre leeren Kassen zu füllen. Als Reaktion auf massive Bürgerproteste wird etwa in Berlin die Rückverlagerung der Versorgung in die öffentliche Hand betrieben und wurden andersorts privatisierte Anteile wieder aufgekauft.



UNSERE KIRCHE
www.unsererirche.de

Umfrage: „Sollte die Wasserversorgung in öffentlicher Hand bleiben?“

„Trinkwasser ist lebensnotwendiges Gut“

Die EU will, dass private Firmen mit Wasser Geld verdienen können

In Deutschland gehört das Trinkwasser allen Bürgern. Zu rund 70 Prozent kümmern sich bei uns Stadtwerke und Kommunen um die Wasserversorgung. Die Europäische Union will das ändern: ihr geht es um mehr Wettbewerb – auch in Deutschland. Mehr private Unternehmen sollen die Wasserversorgung billiger und effizienter machen. Aber natürlich wollen Private auch Gewinne erwirtschaften. In vielen Ländern weigern sich Unternehmen, langfristige und notwendige Investitionen vorzunehmen, zum Beispiel in die Sanierung von Kanälen und die Ausbesserung von Leitungen. Wir wollten von Fachleuten und Bürgern wissen: Sollte die Wasserversorgung in Deutschland in öffentlicher Hand bleiben?



„Einer Privatisierung der Wasserversorgung sehe ich skeptisch. Trinkwasser ist ein lebensnotwendiges Gut, das sollte man nicht der kommerziellen Vermarktung überlassen. Viele Privatisierungen kommunaler Baubetriebshöfe und Energieversorger haben sich nicht als „Allheilmittel“ erwiesen.“

Dr. Heinrich Stiewe, 49
Blomberg-Wellentrup



„Ich finde es gut, wie es ist. Die Trinkwasserversorgung sollte in kommunaler Trägerschaft und nicht gewinnorientiert sein. Ich glaube auch nicht, dass Private es besser machen könnten. Preiswerter schon gar nicht, weil sie zusätzlich noch die Rendite für ihre Kapitalgeber erwirtschaften müssen.“

Heike Scharping, 54
Detmold



„Die Wasserversorgung sollte in kommunaler Hand bleiben. Die Trinkwasserqualität ist sehr gut. Für die kommunalen Versorger hat der Erhalt der technischen Anlagen höchste Priorität. Bei auswärtigen Investoren steht mit hoher Wahrscheinlichkeit der eigene Profit an erster Stelle.“

Dirk Kornhoff, 39
Stadtwerke Detmold



„Wenn die Wasserversorgung privatisiert wird, profitieren davon in erster Linie global agierende Konzerne. Auf lokaler Ebene hätten das Nachsehen die Bürger. Stadtwerke und kommunale Wasserversorger investieren Millionen, um die Trinkwasserversorgung auf höchstem Niveau zu sichern.“

Anna-Lisa Davidovic, 43
Stadtwerke Bad Salzuflen



„Der Gesetzgeber hat vorgesehen, dass das Grundwasser der Allgemeinheit dienen soll. In diesem Zusammenhang haben Privatinteressen nichts zu suchen. Es gibt auch keine Notwendigkeit, da Deutschland hinsichtlich der Wasserqualität einen der höchsten Standards in der EU besitzt.“

Bernhard Lockstedt, 59
Kreis Lippe

Wann ist genug genug?

Von Pfarrerin Birgit Krome-Mühlenmeier



Ich bin ein Genussmensch. Und liebe Erdbeeren! Dunkelrote, pralle, saftig-süße Früchte, deren Saft beim Reinbeißen durch die Fingertropft. Als Julikind sind Erdbeeren für mich Propheten nahenden Glücks. „Mama, wann habe ich endlich Geburtstag?“, hat die vierjährige Birgit in den 1960er Jahren ihre Mutter genervt. „Im Sommer, wenn die Erdbeeren reif sind und die Ringelblumen blühen“. Frische Erdbeeren kamen am Geburtstag üppig auf die Torte und den Teller schmückte ein Kranz leuchtend gelber Ringelblumen.

Dazu das Tischgebet: „Aller Augen warten auf Dich, Herr, und du gibst ihnen ihre Speise zur rechten Zeit“ (Psalm 145,15). Genau, zur rechten Zeit. Erdbeeren im Sommer. Was braucht der Mensch mehr, um das Leben als Teil von Gottes Schöpfung zu genießen? „Erdbeeren im Winter!“ Frisch eingetroffen aus Spanien, Marokko, Übersee. Jeden Winter versucht der Handel verheißungsvolle Verführungen. Weihnachten mit knallroten, großen Turbo-Erdbeeren. Und Geschmack von stichfestem Wasser. Enttäuschend. Fad. Genussbefreit! Nun ist aber genug...

Die Verheißung meiner Kindheit „Gott sorgt für dich, es ist so viel da, wie du brauchst“ - aber auch: „Verbrauche nur so viel, wie du bist!“ ist mir wichtig. Sie führt zur lebensentscheidenden Frage: Wieviel braucht der

Mensch zum gelingenden Leben und wann ist genug genug?

Inzwischen wissen wir, dass die Ressourcen begrenzt sind. Trotzdem ist genug für alle da, wenn „nur“ verantwortlich damit umgegangen und darauf geachtet wird, nur das Nötige zu verbrauchen. Für uns Bewohner der Nordhalbkugel ist (fast) alles möglich: Unser Konsum ist mehr als fünfmal so hoch wie der durchschnittliche Konsum für alle Menschen sein dürfte. Es ist nicht bekannt, dass wir dadurch auch fünfmal zufriedener leben als andere. Bewiesen ist aber, dass wir auf Kosten derer konsumieren, die z.B. Früchte in der Wüste unter Folien anbauen, obwohl sie den Boden dringend zum Eigenanbau von Grundnahrungsmitteln wie Mais, Hirse, Soja brauchen.

„Soviel du brauchst“ oder „Wann ist genug genug?“ Dieser Lebensfrage gehen ChristInnen verschiedener Couleur auf dem 34. Deutschen Evangelischen Kirchentag im Mai in Hamburg nach. Was ist mir wichtig, was unverzichtbar? Genuss durch Begrenzung oder Entgrenzung?

Das gibt kontroverse Diskussionen. Gut so. Meine Begrenztheit zu akzeptieren ist nämlich wichtig für den Genuss. Überfluss lässt das Leben irgendwann fad werden. Als Christin vertraue ich, dass Gott uns Speise gibt zur rechten Zeit. Und als Genussmensch bestehe ich auf meine Erdbeeren – im Sommer!

Treibhausgase abbauen

Schafft Ausgleich: das kirchliche Angebot Klima-Kollekte



Beispiel für den Einsatz der Klima-Kollekte: das Biogas-Projekt für die Menschen in der indischen Stadt Bagepalli.

FOTO:KLIMA-KOLLEKTE

Berlin. Viele unserer Aktivitäten haben eine Auswirkung auf das Klima: Ob beim Heizen, unterwegs mit Flugzeug, Auto oder Bahn. Das Leben ist ohne CO₂-Ausstoß nicht vorstellbar. Verkehrsmittel wie die Bahn, der Wechsel zu einem Ökostrom-Anbieter oder der Einbau einer neuen Heizung bieten große Potenziale, den Ausstoß zu senken.

Um Schaden für das Klima so gering wie möglich zu halten, kann der Ausstoß klimaschädlicher Gase ausglich werden. Hier setzt die Klima-Kollekte an: Mithilfe der CO₂-Rechner lässt sich für die unterschiedlichen Bereiche Heizen, Strom, Mobilität und Papierverbrauch feststel-

len, welcher Ausstoß an Klimagasen verursacht wurde. Dafür zahlen Sie freiwillig den errechneten Betrag, mit dem Maßnahmen zur Reduzierung von Treibhausgasen an anderer Stelle umgesetzt werden.

Das Geld wird zum Beispiel in Solar- oder Biogasprojekte investiert, um dort Treibhausgase einzusparen. Die Klima-Kollekte finanziert derzeit Klimaschutzprojekte in Südafrika und Indien, weitere in Osteuropa (Tschechien) sind geplant. Hinter der Klima-Kollekte als einem kirchlichen CO₂-Kompensationsfonds stehen Brot für die Welt-Evangelischer Entwicklungsdienst, die Evangelische Kirche in Deutschland, die

Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft Heidelberg, das Nordkirche Weltweit – Zentrum für Mission und Ökumene sowie (aus der Kath. Kirche) das Bischöfliche Hilfswerk Misereor. Das Projekt versteht sich als kirchliche Ergänzung zu anderen Ausgleichsangeboten. Hervorzuheben ist, dass bei der Klima-Kollekte der Ausgleich von CO₂-Emissionen in Entwicklungsländern geschieht. Klima-Kollekte profitiert von ihrer Anbindung an die Kirchen: sie kann langjährige Beziehungen zu Projektpartnern in den Entwicklungsländern (und in Osteuropa) nutzen.

Quelle: www.klima-kollekte.de

Internationaler Versicherungsmakler

www.ecclesia-gruppe.de

ECCLESIA Gruppe

Kompetenter Partner für Kirchen, Unternehmen im Gesundheitswesen und in der Wohlfahrtspflege

Ecclesia
Versicherungsdienst GmbH
Klingenbergstraße 4
32758 Detmold

Fon + 49 (0) 5231 603-0
Fax + 49 (0) 5231 603-197
E-Mail: info@ecclesia.de

Arten erhalten

Kirchen rufen zum Handeln auf

Kreis Lippe. Für den Natur- und Umweltschutz kann eigentlich jeder etwas tun und damit auch die biologische Vielfalt stärken. Umweltbeauftragte der evangelischen und katholischen Kirche rufen dazu auf, dem Erhalt der biologischen Vielfalt mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Heinrich Mühlenmeier, Umweltbeauftragter der Lippischen Landeskirche: „Flächenbewirtschaftung, Gebäudeunterhaltung, Energieversorgung und auch Maßnahmen zum Klimaschutz können zum Erhalt der Arten beitragen. Anregungen gibt eine neue Handreichung „Kirchen und Biodiversität“.

Aus theologisch-biblischer Sicht solle der Mensch wie ein guter Hirte dafür Sorge tragen, dass alle Geschöpfe Raum und Nahrung haben und keiner dem anderen lebenswichtige Ressourcen wegnimmt. Der Schutz der biologischen Vielfalt sei nicht nur eine gesellschaftliche und politische Aufgabe. Sie fordere gerade die Kirchen heraus, eine Wertedebatte über das zu führen, was zu oft als bloße „Verfügungsmasse“ betrachtet wer-



Biologische Vielfalt: der Feldhase fühlt sich in offener Landschaft mit Büschen, Kräutern und Hecken sehr wohl.

FOTO: MÜHLENMEIER

de. „Etwa 45 Prozent unserer wildlebenden heimischen Pflanzen- und Tierarten sind gefährdet“, erläutert Heinrich Mühlenmeier. Dies liege insbesondere daran, dass Brutmöglichkeiten in den Siedlungen und auch in sanierten Kirchtürmen zunehmend verloren gingen.

Zu den gefährdeten Vogelarten gehörten Schleiereule, Turmfalke, Dohle, Mauersegler und Mehlschwalbe, aber

auch Säugetiere wie die Fledermaus.

Hier hebt Mühlenmeier als ein Beispiel für gelungenen Artenschutz das NABU-Projekt „Lebensraum Kirchturm“ hervor: „Ziel ist es, die Brutplätze für Turmfalken, Dohlen, Schleiereulen, Fledermäuse und andere Arten zu erhalten und Kirchtürme wieder als Lebensraum zu öffnen.“ Bereits 16 Kirchengemeinden in Lippe haben die Auszeichnung

„Lebensraum Kirchturm“ erhalten, weil sie Nistmöglichkeiten bieten. Heinrich Mühlenmeier: „Die Vögel finden in diesen Kirchtürmen ausreichend Raum zum Brüten, ohne dass sie ins Innere gelangen. Zusätzlich gibt es in und an weiteren Kirchen Unterschlupfmöglichkeiten für Fledermäuse.“

Weitere Infos unter: www.lippischelandeskirche.de/umwelt

Termine

Vom 1. bis 5. Mai ist in Hamburg Kirchentag: Titel „Soviel Du brauchst“.

• Themen u.a. Umwelt, Frieden und globale Gerechtigkeit. Rüstung, Nahrung, Rohstoffe: Die Probleme sind groß, die Lösungen komplex. Die Zukunft aller steht auf dem Spiel und unser Lebensstil zur Debatte. Was ist zu tun – global und lokal? Podien, Ausstellungen und Aktionen klären auf: von Energiewende bis Überfischung, von Rüstungsexport bis Rohstoffjagd.

• Am Donnerstag, 2. Mai, um 15 Uhr heißt es im Zentrum „Umwelt, Frieden und Gerechtigkeit“ (Messegebäude, Halle 7B): Energiewende: ein Projekt für alle in Deutschland.

- Mit Peter Altmaier, Bundesumweltminister
- Klaus Breyer, Leiter Institut für Kirche und Gesellschaft, Villigst
- Dr. Robert Habeck, Umweltminister, Kiel
- Dr. Felix Christian Matthes, Öko-Institut, Berlin
- Hildegard Müller, Vorsitzende Hauptgeschäftsführung Bundesverband Energie- und Wasserwirtschaft

Weitere Infos: www.kirchentag.de

Projekt Grundeinkommen

Hoffnung in Sachen Armutsbekämpfung

Von Christoph Wand

Kreis Lippe. Seit 1990 ist Namibia unabhängig, doch die Folgen von Kolonialismus und Apartheid sind noch überall spürbar. Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer, die Arbeitslosenquote ist um mehr als 50 Prozent gestiegen, und zwei Drittel aller Menschen leben unterhalb der Armutsgrenze.

Was aber tun? 2002 schlug eine namibische Regierungskommission ein steuerfinanziertes Grundeinkommen vor, das alle Bürgerinnen und Bürger bekommen sollten. Diese Idee wurde aufgegriffen von der größten zivilgesellschaftlichen Koalition, die es in Namibia je gab: Kirchen, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen, Jugendverbände und Anti-Aids-Organisationen. Das BIG-Projekt (Basic Income Grant/bedingungsloses Grundeinkommen) wird geleitet von der Evangelisch-Lutherischen Kirche in der Republik Namibia, einer Kirche, die wie die Lippische Landeskirche Mitglied



Weniger Armut in Otjivero: das Projekt Grundeinkommen hilft Menschen, sich eine Existenzgrundlage zu schaffen.

FOTO: VEM

der Vereinten Evangelischen Mission (VEM) ist.

Vor fünf Jahren startete in dem Dorf Otjivero ein Pilotprojekt dieser Koalition unter anderem mit der Unterstüt-

zung der VEM, einiger ihrer Mitgliedskirchen und vielen Spenderinnen und Spendern. Alle Einwohner bekommen monatlich umgerechnet etwa zehn Euro ausgezahlt.

Die Erfolge nach zwei Jahren waren ermutigend: Die Unterernährung ging stark zurück, der Schulbesuch verdoppelte sich fast, Arbeitslosigkeit und Kriminalitätsrate sanken deutlich. In Otjivero sind viele Kleinunternehmen wie Backstuben, eine Ziegelbrennerei und andere Handwerksbetriebe entstanden.

Ziel der Organisatoren war, dass ein solches bedingungsloses Grundeinkommen in ganz Namibia eingeführt wird. Die Politik ließ sich allerdings bisher nicht überzeugen. Allein aus Spenden lässt sich auch in Otjivero das Grundeinkommen auf Dauer nicht finanzieren. Zurzeit laufen Verhandlungen mit einem großen Werk in Deutschland. Vielleicht kann dann zumindest in Otjivero weitergemacht werden. Zu wünschen wäre es den Menschen dort – was sie sich mit dem Basic Income Grant aufgebaut haben, macht Mut in Sachen Armutsbekämpfung.

Weitere Informationen unter: www.big-namibia.org

Kontakt

**Lippische Landeskirche
Landeskirchenamt**

Leopoldstr. 27
32756 Detmold
Tel.: (05231) 976-60
Fax.: (05231) 976-850
Internet: www.lippischelandeskirche.de
E-Mail: lka@lippischelandeskirche.de

Impressum

Evangelisch in Lippe

Eine Beilage der Lippischen Landeskirche in Zusammenarbeit mit der Lippischen Landes-Zeitung
Verantwortlich: Tobias Tresele
Redaktion: Birgit Brokmeier, Öffentlichkeitsreferat
Leopoldstr. 27, 32756 Detmold
Tel.: (05231) 976-767
birgit.brokmeier@lippischelandeskirche.de
Internet: www.lippischelandeskirche.de
Produktion: Lippische Landes-Zeitung
Druck: Druckerei Hermann Bösmann, Detmold